



Beantwortung der Anfrage

Vorlage Nr.: 19-0893/1
erstellt am: 08.12.2023

Abteilung: Soziales
Verfasser/in: Abteilung Soziales/ Jugendamt
Aktenzeichen: II-11/2; I-7/1 - Antisemitismus

Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.11.2023 betreffend antisemitistische Tendenzen bei Geflüchteten

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Kreistag	11.12.2023	Ö	Kenntnisnahme

Beantwortung der Anfrage:

Frage1: Sind dem Kreisausschuss antisemitistische Tendenzen in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchteten aus moslemischen Ländern im Kreis Bergstraße bekannt? Überprüft der Kreisausschuss mögliche Tendenzen bzw. dessen Vorhandensein und Aufkommen aktiv?

Nein, es sind keine antisemitistischen Tendenzen in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete aus muslimischen Ländern im Kreis Bergstraße bekannt. Überdies findet wöchentlich ein Austausch mit der Polizeidirektion-(PD) Bergstraße zur Situation in den Kreisunterkünften statt. Auch aus diesem Austausch sind solche Tendenzen bisher nicht bekannt.

Frage 2: Wie wird von Seiten des Kreisausschusses auf antisemitistische Tendenzen in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete reagiert?

Da es derzeit keine Erkenntnisse hierüber gibt, kann auch darauf nicht reagiert werden. Sollten Tendenzen bekannt werden, so erfolgen Reaktionen in Abstimmung mit der PD, da diese je nach Art und Umfang zu entscheiden sind.

Frage 3: Wie sensibilisiert der Kreisausschuss Einrichtungsverantwortliche bzw. -betreiber für notwendige Identifikations- und Präventionsmaßnahmen gegen Antisemitismus?

Da in den Unterkünften des Kreises (Ausnahme Heppenheim und Lindenfels) schon immer verschiedene Ethnien und Glaubensrichtungen untergebracht sind, wurde im Februar 2023 das eingesetzte Personal (insbesondere auch Security) für Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen sensibilisiert.

Frage 4: Wie wird der Kreisausschuss seiner Verpflichtung insbesondere bei minderjährigen Geflüchteten aus moslemischen Ländern gerecht antisemitistische Tendenzen sachgerecht zu begegnen?

In den Einrichtungen der Jugendhilfe werden Ausgrenzungen, gleich welcher Richtung, in keiner Weise geduldet. Daher wird regelmäßig - und nicht erst aus aktuellem Anlass mit den jungen Menschen an der Vermittlung von demokratischen Werten und Normen und insbesondere dem Grundprinzip der Rechtstaatlichkeit gearbeitet.

Sofern strafrechtlich relevante Sachverhalte bekannt werden sollten, würde das weitere Vorgehen zudem eng mit der PD-Bergstraße abgestimmt werden.

Frage 5: Ist es nach Einschätzung des Kreisausschusses für Anwohner von Unterbringungseinrichtungen für ausschließlich oder überwiegend muslimische Geflüchtete jedweden Alters gefahrlos möglich offen sichtbar Solidaritätsadressen für Israel und jüdisches Leben zu zeigen?

Diese Frage kann und muss aufgrund des subjektiven Charakters (Einschätzung) nicht beantwortet werden.

Frage 6: Wie würde der Kreisausschuss im Falle eines antisemitisch motivierten Übergriffs eines ihm oder einer anderen staatlichen Behörde in Obhut gegebenen Geflüchteten reagieren?

Siehe Antwort Frage 1. Maßnahmen wären je nach Vorgang in enger Abstimmung mit der PD-Bergstraße zu treffen.